

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Katja Suding, Mario Brandenburg (Südpfalz), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/32055 –**

Präsenzlehre an deutschen Hochschulen im Wintersemester 2021/2022

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit dem Frühjahr 2020 ist die Präsenzlehre an deutschen Hochschulen fast vollständig eingestellt. Während Restaurants, Bars und Clubs unter Auflagen wieder öffnen dürfen, haben die Hochschulen noch immer keine klare Perspektive für eine vollständige Rückkehr zum Präsenzbetrieb. Gleichzeitig läuft die Überbrückungshilfe für Studierende in pandemiebedingten Notlagen zum 30. September 2021 aus (vgl. <https://www.überbrückungshilfe-studierende.de/start>) und auch die Zinsfreistellung des KfW-Studienkredits endet am 31. Dezember 2021 (vgl. <https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Studieren-Qualifizieren/KfW-Studienkredit/KfW-Corona-Hilfe-f%C3%BCr-Studierende/>).

1. Wirkt die Bundesregierung darauf hin, eine Rückkehr zur Präsenzlehre an Hochschulen im kommenden Wintersemester 2021/2022 zu ermöglichen, und wenn ja, inwiefern (bitte begründen)?

Es wurden bereits im Sommersemester 2021 an Hochschulen konkrete Öffnungsschritte unter Beachtung von Hygienekonzepten und Einsatz von Teststrategien vollzogen. Nach drei erfolgreich durchgeführten Digitalsemestern und ersten Öffnungsschritten arbeiten alle Akteure des Hochschulsystems darauf hin, gut und mit der gebotenen Flexibilität auf das anstehende Wintersemester 2021/2022 vorbereitet zu sein. Hochschulen und die nach der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung zuständigen Länder sind gefordert und unternehmen entsprechende Anstrengungen, Öffnungsoptionen unter Testregimen und entsprechendem Impffortschritt, Gruppengrößen, Abstandsregelungen etc. zu planen. Mit einer möglichst hohen Impfquote und fortlaufenden Testungen kann aus Sicht der Bundesregierung für den Lehr- und Forschungsbetrieb an den Hochschulen so viel Normalität wie jeweils machbar ermöglicht werden. Die konkrete Umsetzung der in den entsprechenden landesrechtlichen Regelungen vorgesehenen Hygieneregeln, die Test- und Impfkontrollen sowie die

Ausgestaltung der Lehre sollte weiterhin eigenverantwortlich durch die Hochschulen entsprechend der konkreten Lage vor Ort erfolgen.

2. Welche Folgen hat der nahezu vollständige Verzicht auf Präsenzlehre an Hochschulen seit Beginn der Pandemie nach Kenntnis und Einschätzung der Bundesregierung auf die Qualität der Lehre, die psychische Gesundheit der Studierenden und anderer Hochschulangehöriger, auf persönliche Entwicklungsprozesse, wissenschaftliche Diskurse und den Sozialraum des Studiums?

Wie bewertet die Bundesregierung dies, und welche Konsequenzen zieht sie daraus hinsichtlich der kommenden Semester?

Ein Großteil der Lehrveranstaltungen an Hochschulen konnte komplett von Präsenzformaten in digitale Formate überführt werden, wodurch die Lehre trotz Pandemie weitgehend stattfinden konnte. Studien zufolge sind die Studierenden mit der Umsetzung in digitale Formate überwiegend zufrieden. Auch der Wissens- und Kompetenzerwerb während der Digitalsemester wird von ihnen stärker positiv als negativ bewertet. Einigen Studierenden ermöglichen digitale Formate, ihre Lernsituation individueller zu gestalten. Die Studiensituation wird von Studierenden insgesamt jedoch als schwieriger eingeschätzt: Als kritische Punkte werden vor allem die sozialen Kontakte und die Kommunikation im Studium sowie die Bewältigung des Lernstoffs genannt (siehe auch Brief 01/2021 des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, DZHW).

Bestimmte Studierendengruppen zeigen im digitalen Semester ein vergleichsweise hohes Stressempfinden: 80 Prozent der Studierenden mit Beeinträchtigung, 75 Prozent der Studierenden aus der COVID 19-Risikogruppe und 71 Prozent der Studierenden mit Kind waren in der Pandemie stark gestresst. Diese Anteile sind im Vergleich zur Gesamtgruppe der befragten Studierenden (69 Prozent) überdurchschnittlich hoch. Dies hängt auch mit den unterschiedlichen Studienbedingungen in der Corona-Pandemie zusammen. Insbesondere für Studierende mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung ist die Bewältigung von Prüfungsanforderungen schwieriger geworden. Die flächendeckende Schließung von Schulen und Betreuungseinrichtungen hat die Vereinbarkeit von (häuslichem digitalem) Studium und Kinderbetreuung erheblich erschwert (siehe DZHW-Brief 02/2021).

Zum jetzigen Zeitpunkt können noch keine Aussagen zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie und der entsprechend digital durchgeführten Lehre auf den Studienerfolg bzw. Studienabbruch von Studierenden getroffen werden. Die turnusmäßige (Ex-Post-)Befragung Exmatrikulierter durch das DZHW steht für das Wintersemester 2018/2019 und das Sommersemester 2020 noch aus. Es sind jedoch Forschungsergebnisse aus dem vergangenen Sommersemester bekannt, dass zwar knapp die Hälfte der Studierenden von verlängerten Studienzeiten ausgingen, jedoch nicht häufiger über einen Studienabbruch nachdachten als Studierende aus dem Sommersemester 2016. Vier bis acht Prozent der Studierenden machten sich demnach sehr häufig oder häufiger Gedanken über einen Studienabbruch bzw. hielten einen Studienabbruch für sehr oder eher wahrscheinlich (siehe dazu auch DZHW-Brief 05/2020). Die Exmatrikulationszahlen für das Sommersemester 2020 wie auch für das Wintersemester 2020/2021 verhalten sich grundsätzlich unauffällig. Die Corona-Pandemie hat zu einem Rückgang der Zahl der Hochschulabsolventen um sechs Prozent im Vergleich zum Vorjahr geführt: Im Prüfungsjahr 2020 (Wintersemester 2019/2020 und Sommersemester 2020) erwarben rund 477.000 Absolventen einen Hochschulabschluss an deutschen Hochschulen.

Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 6, 27 und 28 der Kleinen Anfrage der Fraktion der FDP auf Bundestagsdrucksache 19/26712 verwiesen.

3. Geht die Bundesregierung davon aus, dass im kommenden Wintersemester 2021/2022 eine vollständige Rückkehr zur Präsenzlehre an Hochschulen erfolgen wird?

Falls ja, wie stellt die Bundesregierung dies sicher?

Falls nein, warum nicht, und wie bewertet die Bundesregierung dies?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

4. Hat die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um die Hochschulen bei der Umsetzung von Hygienemaßnahmen und Test- bzw. Impfkontrollen zu unterstützen, und wenn ja, welche?
5. Geht die Bundesregierung davon aus, dass allen Studierenden vor Beginn des Wintersemesters 2021/2022 ein vollständiges Impfangebot unterbreitet werden kann?

Falls nein, warum nicht?

Die Fragen 4 und 5 werden im Zusammenhang beantwortet.

In der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK) vom 6. August 2021 wurde beschlossen, dass im Wintersemester 2021/2022 angesichts steigender Impfquoten und der nunmehr flächendeckenden Impfmöglichkeiten für Erwachsene und bei gesicherter medizinischer Versorgung der Präsenzbetrieb unter Berücksichtigung der jeweiligen Bedingungen und Gegebenheiten vor Ort wieder Regelfall sein sollte. Erneute einschränkende Maßnahmen sollten dabei im Rahmen eines Gesamtkonzepts der Pandemiebekämpfung nur als letzter Schritt in Erwägung gezogen werden. Die räumlichen Gegebenheiten und die verlässliche Umsetzung von Hygienekonzepten und Beachtung von Hygieneregeln sichern gute Voraussetzungen für den Gesundheitsschutz.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) hatten Mitte Juli 2021 in einem gemeinsamen Schreiben an das Deutsche Studentenwerk und die Hochschulrektorenkonferenz darum gebeten, unter Studierenden für das Impfen zu werben. Nicht zuletzt durch spezielle Impfangebote für Studierende wurden die Voraussetzungen geschaffen, um eine hohe Impfquote zu erzielen. Die der Bundesregierung vorliegenden Erhebungen an einzelnen Hochschulen lassen eine sehr hohe Impfbereitschaft und Impfquote erkennen. Ziel der Bundesregierung ist es, dass möglichst viele Studierende vom Impfangebot Gebrauch machen.

Der Zugang zu Präsenzveranstaltungen kann nach den jeweiligen Schutzmaßnahmen der Länder auf Grundlage des Infektionsschutzgesetzes durch den Nachweis einer Impfung, einer Genesung bzw. eines negativen Tests (3-G-Prinzip) erfolgen.

Bei der Raumbelagung sind analog zum Schulbetrieb Ausnahmen vom Mindestabstand von 1,5 Metern nötig. Durch medizinische Masken und geeignete Lüftungskonzepte sollte der Schutz, ggf. orientiert am Infektionsgeschehen, weiter verstärkt werden.

Auf der Grundlage der konsequenten Beachtung der Hygieneregeln und dem 3-G-Prinzip, das insbesondere bei entsprechend hoher Impfquote der Studieren-

den auch Stichproben-Lösungen einschließt, liegt die Ausgestaltung und Durchführung des Studiums vor Ort in der Hand der Hochschulen. Gerade für Studienanfänger sowie die Abschlussjahrgänge und auch bei Lehrveranstaltungen mit hohem diskursivem oder praktischem Anteil sollte ein „Studium in Präsenz“ möglich sein.

Über die genannten Regelungen hinaus kommen Einschränkungen des Studiums vor Ort daher allenfalls noch in Ausnahmesituationen in Betracht, in denen unter Berücksichtigung der Impfquote und der Auslastung der Intensivkapazität der Krankenhäuser festgelegte Risikowerte überschritten werden.

6. Werden die Hochschulen nach Kenntnis und Auffassung der Bundesregierung bei Präsenzveranstaltungen im Wintersemester 2021/2022 trotz Impf- oder Testnachweis Abstandsregelungen von 1,5 m in alle Richtungen bei Präsenzveranstaltungen einhalten müssen?

Falls ja, wie soll auf diese Weise eine Rückkehr zur vollständigen Präsenzlehre möglich sein?

Wie beurteilt die Bundesregierung das Erfordernis dieser Abstandsregeln bei nachweislich geimpften oder negativ getesteten Studierenden?

Die bei Präsenzveranstaltungen an Hochschulen einzuhaltenen Mindestabstände sind in den jeweiligen Verordnungen der Länder geregelt. Mehrere Länder eröffnen auf dem Ordnungswege inzwischen die Möglichkeit, von einem Mindestabstand von 1,5 Metern abzuweichen. Dies gilt beispielsweise, wenn die 3-G-Regel und eine gleichzeitig geltende Maskenpflicht eingehalten werden oder es das aktuell geltende Infektionsgeschehen zulässt. Die Bundesregierung befürwortet eine länderseitige Prüfung von Ausnahmen vom Mindestabstand von 1,5 Metern abhängig vom Impffortschritt und von begleitenden Maßnahmen.

7. Warum hat die Bundesregierung es im Rahmen der bundeseinheitlichen Notbremse für erforderlich erachtet, ab einer Inzidenz von 200 entgegen den vorherigen Regelungen der Länder auch Praxisveranstaltungen in Präsenz an Hochschulen zu untersagen?
 - a) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der diesbezüglichen Kritik der Landeswissenschaftsministerien (vgl. <https://www.jmwiarda.de/2021/04/23/wissenschaftsminister-kritisieren-infektionsschutzgesetz/>) und der HRK (vgl. <https://www.hrk.de/presse/pressemitteilung/pressemitteilung/meldung/hrk-praesident-zum-infektionsschutzgesetz-bisherige-leistungen-der-hochschulen-werden-gefaehrdet-48/>)?
 - b) Strebt die Bundesregierung eine Änderung dieser Regelung noch für das Wintersemester 2021/2022 an, und wenn ja, inwiefern, und mit welchem Zeitplan (bitte begründen)?
 - c) Inwiefern ist nach Ansicht der Bundesregierung der reine Inzidenzwert angesichts steigender Impfquoten und des jungen Alters vieler Studierender als Kriterium für ein Verbot hochschulischer Präsenzveranstaltungen geeignet (bitte begründen)?

Die Fragen 7 bis 7c werden im Zusammenhang beantwortet.

Mit dem Vierten Bevölkerungsschutzgesetz vom 22. April 2021 wurde eine bundesgesetzliche Grundlage geschaffen, um der staatlichen Schutzpflicht für Leben und Gesundheit zu entsprechen und die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems zu gewährleisten. Ziel war es sicherzustellen, dass bei einem hohen Infektionsgeschehen hinreichend weitgehende Maßnahmen nach bundeseinheitlichen Standards ergriffen werden können, um eine Abschwächung des

Infektionsgeschehens zu erreichen („bundesweit einheitliche Notbremse“). Diesem Zweck entsprechend waren grundsätzlich auch Bildungseinrichtungen einschließlich der Hochschulen in die entsprechenden Regelungen einbezogen. Zugleich war in der Begründung des Gesetzes klargestellt, dass wesentliche Bereiche, die zwingend Präsenz erfordern, von der Regelung ausgenommen waren: „Prüfungen, insbesondere Abschlussprüfungen, sind kein Unterricht im Sinne der Vorschrift und bleiben daher unberührt. Gleiches gilt für Forschungstätigkeiten, Tätigkeiten in Laboren und ähnlichen Einrichtungen.“ (siehe Bundestagsdrucksache 19/28444, S. 15).

Durch das Zweite Gesetz zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) und anderer Gesetze wurden die Regelungen im Hinblick auf Präsenzveranstaltungen an Hochschulen präzisiert und angepasst. Insbesondere sah § 28b Absatz 3 Satz 5 IfSG hinsichtlich Hochschulen vor, dass die nach Landesrecht zuständige Behörde Abschlussklassen, Förderschulen sowie Veranstaltungen an Hochschulen für Studierende, die unmittelbar vor dem Studienabschluss oder abschlussrelevanten Teilprüfungen stehen, und praktische Ausbildungsanteile an Hochschulen, die nur in besonders ausgestatteten Räumlichkeiten oder Lernumgebungen mit Praxisbezug wie zum Beispiel in Laboren oder Krankenhäusern durchgeführt werden können, von der Untersagung nach Satz 3 ausnehmen können. Voraussetzung war, dass ausschließlich Personen teilnehmen, die zweimal in der Woche mittels eines anerkannten Tests auf eine Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 getestet werden. Es lag damit in der Entscheidung der Länder, ob auch oberhalb eines Inzidenzwertes von 165 entsprechende Präsenzveranstaltungen durchgeführt werden können.

Gemäß § 28b Absatz 10 IfSG galten die Regelungen der bundesweit verbindlichen Notbremse nur bis zum 30. Juni 2021. Für das Ergreifen von Schutzmaßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz sind grundsätzlich die Bundesländer zuständig, die Rahmenbedingungen für das Ergreifen solcher Maßnahmen sind in den Vorschriften der §§ 28, 28a des IfSG definiert.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Durchimpfung der Bevölkerung tritt die in § 28a Absatz 3 IfSG derzeit als Maßstab für das Ergreifen von Schutzmaßnahmen genannte Sieben-Tage-Inzidenz der Neuinfektionen zunehmend in den Hintergrund. Da immer mehr Menschen geimpft und damit vor schweren Verläufen der Krankheit im hohen Maße geschützt sind, erscheint es nicht mehr angemessen, die Sieben-Tage-Inzidenz der Neuinfektionen als Hauptindikator für das Ergreifen von Schutzmaßnahmen anzusehen. Die Bundesregierung wurde am 25. August 2021 durch den Deutschen Bundestag aufgefordert, bis zum 30. August 2021 eine Formulierungshilfe für eine Änderung des § 28a des Infektionsschutzgesetzes vorzulegen. Mit der Änderung soll künftig insbesondere die Anzahl der stationär zur Behandlung aufgenommenen COVID-19-Patientinnen und Patienten je 100.000 Einwohner innerhalb von sieben Tagen (Hospitalisierungs-Inzidenz) zur Bewertung der epidemischen Lage werden herangezogen werden. Weitere Indikatoren (z. B. Sieben-Tage-Inzidenz der Neuinfektionen oder die Anzahl der gegen COVID-19-geimpften Personen) sollen in den Entscheidungsprozess bezüglich der zu ergreifenden Maßnahmen einbezogen werden.

8. Inwiefern werden sich aus Sicht der Bundesregierung die pandemiebedingten Nebenjobverluste von Studierenden auch im kommenden Wintersemester 2021/2022 fortsetzen?

Ein wichtiger Indikator für den studentischen Jobmarkt ist die sog. Minijobstatistik, die am 16. August 2021 für den Stichtag 31. Juni 2021 veröffentlicht wurde. Daraus ergibt sich eine deutliche Zunahme der Minijobzahlen im Ver-

gleich zum Winter 2020/2021 und eine leichte Zunahme im Vergleich zum Vorjahresniveau – diese Tendenz ist konsistent mit den aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur allgemeinen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Die jungen Alterskohorten waren besonders stark betroffen von den Rückgängen an Minijobs während der Pandemie. Gleichzeitig fallen die jüngsten Zuwächse an Minijobs in der Alterskohorte der 20- bis unter 25-Jährigen besonders stark aus – 19,2 Prozent im Vergleich zum Vorquartal und 8 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitpunkt. In dieser Alterskohorte sind besonders viele Studierende vertreten. Die Rückgänge an Minijobs während der Pandemie konnten zwar noch nicht wieder vollständig aufgeholt werden, eine hohe Impfquote in der Gesellschaft und daran ausgerichtete Hygienemaßnahmen dürften für die jungen Alterskohorten besonders wichtigen Wirtschaftssektor Gastronomie jedoch resilienter machen im Vergleich zum vergangenen Winter.

9. Plant die Bundesregierung, die Überbrückungshilfe für Studierende in pandemiebedingten Notlagen über den September 2021 hinaus zu verlängern, und wenn ja, inwiefern (bitte erläutern und begründen)?

Zuletzt hat sich der studentische Arbeitsmarkt wieder merklich erholt, parallel dazu gingen die Antragszahlen auf die Überbrückungshilfe als Zuschuss in den vergangenen Monaten stetig zurück. Daher haben das BMBF und das Deutsche Studentenwerk vereinbart, das Zuschussprogramm planmäßig nach dem 30. September 2021 auslaufen zu lassen.

10. Wie viele Studierende haben seit dem Start der Überbrückungshilfe einen Antrag auf diese gestellt (bitte nach Monaten und Ländern aufteilen)?
11. Wie viele Anträge auf Überbrückungshilfe für Studierende in pandemiebedingten Notlagen wurden insgesamt bewilligt (bitte nach Monaten und Ländern aufteilen)?
12. In welcher durchschnittlichen Höhe wurden Überbrückungshilfen für Studierende in pandemiebedingten Notlagen bewilligt (bitte nach Monaten und Ländern aufteilen)?
13. In welchem Gesamtvolumen wurden Überbrückungshilfen für Studierende in pandemiebedingten Notlagen bewilligt (bitte nach Monaten und Ländern aufteilen)?

Die Fragen 10 bis 13 werden im Zusammenhang beantwortet.

Bisher wurden rund 603.500 Anträge auf den Zuschuss der Überbrückungshilfe von insgesamt etwa 180.000 Studierenden gestellt. Rund 415.400 Anträge wurden bislang zugesagt, was einem Anteil von 69,6 Prozent aller bisher entschiedenen Anträge entspricht. Etwa ein Drittel aller Anträge stammt von Studierenden, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Die durchschnittliche Zuschusshöhe pro zugesagtem Antrag beträgt derzeit 451 Euro. Insgesamt wurden Studierenden damit bislang 187,4 Mio. Euro zugesagt (Stand: 1. September 2021). Die Differenzierung nach Monaten, Ländern sowie nach deutschen und ausländischen Studierenden ist der Anlage 1 zu entnehmen.*

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/32366 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

14. Plant die Bundesregierung, die Zinsfreistellung des KfW-Studienkredites über den 31. Dezember 2021 hinaus zu verlängern, und wenn ja, inwiefern (bitte erläutern und begründen)?

Die Zinsfreistellung des Studienkredits der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wurde von ursprünglich März 2021 bis Ende 2021 verlängert. Aktuell plant die Bundesregierung nicht, die Zinsfreistellung über das Jahresende 2021 hinaus zu verlängern.

15. Wie viele Studierende haben seit der Zinsfreistellung den KfW-Studienkredit beantragt (bitte nach Monaten, Ländern und deutschen sowie ausländischen Studierenden aufteilen)?
16. Wie viele Studierende haben seit der Zinsfreistellung den KfW-Studienkredit bewilligt bekommen (bitte nach Monaten, Ländern und deutschen sowie ausländischen Studierenden aufteilen)?
17. In welcher durchschnittlichen Höhe wurden seit der Zinsfreistellung KfW-Studienkredite bewilligt (bitte nach Monaten, Ländern und deutschen sowie ausländischen Studierenden aufteilen)?
18. In welchem Gesamtvolumen wurden seit der Zinsfreistellung KfW-Studienkredite bewilligt (bitte nach Monaten, Ländern und deutschen sowie ausländischen Studierenden aufteilen)?

Die Fragen 15 bis 18 werden im Zusammenhang beantwortet.

Nach Angaben der KfW wurden zwischen Mai 2020 (Beginn der Zinsfreistellung) bis einschließlich 31. August 2021 knapp 58.700 KfW-Studienkredite beantragt, darunter über 25.100 KfW-Studienkredite von ausländischen Studierenden. Zugesagt wurden knapp 50.500 KfW-Studienkredite, darunter über 19.800 von ausländischen Studierenden.

Die Antragszahlen beziehen sich auf die Antragsgänge in dem jeweiligen Monat. Die ausgewiesene Zahl an Zusagen bezieht sich jeweils auf die in dem betreffenden Monat zugesagten Darlehen. Somit können bei den Zusagen auch Anträge aus Vormonaten enthalten sein. Die durchschnittliche Höhe der seit dem Beginn der Zinsfreistellung zugesagten KfW-Studienkredite betrug rund 32.700 Euro, das Gesamtvolumen aller zugesagten KfW-Studienkredite über 1,6 Mrd. Euro. Die Differenzierung nach Monaten, Ländern sowie nach deutschen und ausländischen Studierenden ist der Anlage 2 zu entnehmen.*

19. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Umfang beantragter Überbrückungshilfen und KfW-Studienkredite seit Beginn der Pandemie?
20. Wie bewertet die Bundesregierung mit Blick auf die beantragten Überbrückungshilfen und KfW-Studienkredite die Krisenfestigkeit des BAföGs?

Die Fragen 19 und 20 werden im Zusammenhang beantwortet.

Knapp 50.500 Studierende, darunter über 19.800 ausländische Studierende, griffen seit dem Beginn der Zinsfreistellung im Mai 2020 bis einschließlich 31. August 2021 erstmals auf den KfW-Studienkredit zurück.

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 19/32366 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Mit Überbrückungshilfen durch Zuschüsse wurden ca. 108.000 Studierende teilweise über mehrere Monate hinweg in akuten finanziellen pandemiebedingten Notlagen unterstützt, ca. ein Drittel sind internationale Studierende. Damit sind knapp 4 Prozent aller Studierenden mit Zuschüssen unterstützt worden.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die bestehenden Instrumente der Studienfinanzierung, insbesondere das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), sich in der Krisensituation als insgesamt durchaus robust erwiesen haben. Durch die Überbrückungshilfen, sowohl in Form des Zuschusses als auch der angepassten KfW-Studienkredite, konnte mit hoher Reaktivität passgenau dort ergänzend geholfen werden wo trotz der bestehenden Studienfinanzierungsinstrumente die besondere Situation der Pandemie zu individuellen Finanzierungsenpässen geführt hat. Von besonderer Bedeutung waren hier die schnelle und unbürokratische Antragstellung und die schnelle Auszahlung der Hilfen.

Aus Sicht der Bundesregierung ist das BAföG für alle Auszubildenden, die die persönlichen Förderungsvoraussetzungen erfüllen, krisenfest angelegt, da Einkommenseinbußen während laufender Bewilligungszeiträume über Aktualisierungsanträge und Änderungsbescheide berücksichtigt werden können und zu einer entsprechend höheren Förderung führen.

21. Sieht die Bundesregierung eine Notwendigkeit zur Reform des BAföGs?

Falls nein, warum nicht?

Falls ja, welchen Reformbedarf sieht sie, und welche Vorbereitungen hat sie diesbezüglich seit der letzten Novelle getroffen?

Das BAföG wurde in dieser Legislaturperiode mit der 26. Gesetzesänderung bereits mit erheblichen Anpassungen bei Freibeträgen und Bedarfssätzen, bei den Zuschlägen für Kranken- und Pflegeversicherung sowie durch die Einführung eines zinslosen Staatsdarlehens für die sogenannte „Hilfe zum Studienabschluss“ und durch Erleichterungen bei der Darlehensrückzahlung reformiert. Durch das gestufte Inkrafttreten sollte eine nachhaltige Wirkung erreicht werden.

Das BAföG muss aus Sicht der Bundesregierung stets an sich verändernde Rahmenbedingungen angepasst und weiterentwickelt werden.

22. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Wartezeiten von Studierenden für einen Visatermin in einer Deutschen Botschaft im Ausland, insbesondere im Iran (vgl. <https://www.tagesspiegel.de/wissen/internationale-mobilitaet-und-corona-wissenschaftsaustausch-genaue-o-restriktiv-begrenzt-wie-tourismus/27010816.html>) zu verkürzen?

Durch Auslagerung der Visumantragsannahme an externe Dienstleister konnten an den Auslandsvertretungen Kapazitäten bei der Prüfung von Visumanträgen umgeschichtet werden. Die Verlagerung von Visumsanträgen an das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten (BfAA) trägt zusätzlich zu einer schnelleren Bearbeitung der Vorgänge bei. Die Auslandsvertretungen werden jährlich in Zeiten der zu erwartenden Antragspitzen angewiesen, Anträge von Studierenden bevorzugt zu bearbeiten, um die Wartezeiten für diese zu verringern.

Mit dem inzwischen erfolgten Neubau der Visastelle in Teheran wird versucht, der wachsenden Nachfrage zu begegnen. Die Botschaft in Teheran nutzt seit diesem Jahr einen externen Dienstleister zur Annahme von Anträgen von Studierenden. Durch diese Maßnahme gibt es inzwischen keine Wartezeiten mehr bei der Terminbeantragung für Studierende. Diese können am Folgetag bereits

einen Termin bekommen. Im Rahmen der Antragsbearbeitung werden deren Anträge an das BfAA zur Entscheidung verlagert.

Durch die Einstufung mehrerer Länder als Virusvariantengebiete musste die Visumerteilung zwischenzeitlich ausgesetzt werden. Nach Aufhebung der Einstufung für mehrere Länder trifft dies dort nicht mehr zu, entsprechend gibt es dort keine Aussetzung der Visumerteilung aufgrund von Einreisebeschränkungen mehr.

23. Aus welchen Gründen ist es ausländischen Studierenden aus Virus-Variantengebieten aktuell nicht gestattet, trotz Impfnachweis zum Studium nach Deutschland einzureisen?

Welche Alternativen hat die Bundesregierung geprüft, und zu welchem Ergebnis ist sie gekommen (bitte begründen)?

24. Plant die Bundesregierung, Studierenden aus Virus-Variantengebieten nach Vorlage eines Impfnachweises, eines negativen Tests oder nach einer Quarantäne die Einreise zum Studium nach Deutschland zu ermöglichen?

Falls nein, warum nicht?

Falls ja, bitte erläutern.

Die Fragen 23 und 24 werden im Zusammenhang beantwortet.

Seit dem 16. August 2021 sind Studierende aus Virusvariantengebieten mit Zulassungsbescheid von der Bildungseinrichtung in der Bundesrepublik Deutschland gemäß § 10 Absatz 2 Nummer 10 der Coronavirus-Einreiseverordnung (CoronaEinreiseV) vom Beförderungsverbot ausgenommen, wenn sie geimpft im Sinne des § 2 Nummer 9 i. V. m. Nummer 10 der CoronaEinreiseV sind.

25. Wie stellt die Bundesregierung künftig sicher, dass die von ausländischen Studierenden eingelegten Gelder bei der BAM gesichert werden und die Studierenden ihr Studium in Deutschland beenden können (vgl. https://www.bafin.de/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Verbrauchermitteilung/unerlaubte/2021/meldung_210714_BAM_Bundesweites_Anlagemanagement.html?fbclid=IwAR2pdyN_17B-c1BPDYnqmB1ehnkDJ-7Cy5YPrYPJkKXa1Q2jZA9KojtMNQc)?

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Sicherheit der hinterlegten Gelder, und wie bewertet sie dies?

Die Einlagen bei der BAM (Bundesweites Anlagenmanagement) sind gesichert und werden den Studierenden über die Aareal Bank zurückgezahlt.

Anlage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage 19/32055 der Fraktion der FDP

Anlage 1 zu Fragen 10 bis 13:

A) Juni 2020 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 01.09.2020)

Land	Anzahl gestellter Anträge (Frage 10)	Zugesagte Anträge (Frage 11)	Gesamtsumme zugesagter Anträge in EUR (Frage 13)	Durchschnittlich zugesagter Betrag in EUR (Frage 12)
Baden-Württemberg	7.029	3.975	1.671.500	420,50
Bayern	9.820	6.129	2.543.400	414,98
Berlin	6.017	2.681	1.130.500	421,67
Brandenburg	1.995	937	407.600	435,01
Bremen	1.479	918	383.300	417,54
Hamburg	2.915	1.901	831.200	437,24
Hessen	8.991	4.670	1.979.600	423,90
Mecklenburg-Vorpommern	726	406	159.900	393,84
Niedersachsen	7.094	3.787	1.603.300	423,37
Nordrhein-Westfalen	24.071	12.107	5.132.800	423,95
Rheinland-Pfalz	4.045	2.447	1.033.900	422,52
Saarland	680	206	89.000	432,04
Sachsen	2.519	1.243	508.000	408,69
Sachsen-Anhalt	1.411	667	271.900	407,65
Schleswig-Holstein	2.033	1.203	505.200	419,95
Thüringen	1.553	846	343.100	405,56

B) Juli 2020 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 01.09.2021)

Land	Anzahl gestellter Anträge (Frage 10)	Zugesagte Anträge (Frage 11)	Gesamtsumme zugesagter Anträge in EUR (Frage 13)	Durchschnittlich zugesagter Betrag in EUR (Frage 12)
Baden-Württemberg	6.563	4.434	1.911.100	431,01
Bayern	8.599	6.127	2.593.900	423,36
Berlin	5.116	2.636	1.162.000	440,82
Brandenburg	1.578	1.028	455.500	443,09
Bremen	1.496	1.000	432.400	432,40
Hamburg	2.701	2.018	894.600	443,31
Hessen	7.748	5.195	2.273.100	437,56
Mecklenburg-Vorpommern	576	356	146.500	411,52
Niedersachsen	6.303	4.204	1.827.200	434,63
Nordrhein-Westfalen	20.542	11.473	4.976.700	433,77
Rheinland-Pfalz	3.569	2.536	1.093.100	431,03
Saarland	513	220	95.400	433,64
Sachsen	2.004	1.217	512.800	421,36
Sachsen-Anhalt	1.131	574	244.600	426,13
Schleswig-Holstein	1.668	1.082	472.600	436,78
Thüringen	1.448	1.106	460.200	416,09

C) August 2020 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 01.09.2021)

Land	Anzahl gestellter Anträge (Frage 10)	Zugesagte Anträge (Frage 11)	Gesamtsumme zugesagter Anträge in EUR (Frage 13)	Durchschnittlich zugesagter Betrag in EUR (Frage 12)
Baden-Württemberg	5.139	3.798	1.684.200	443,44
Bayern	6.772	5.381	2.358.600	438,32
Berlin	3.610	2.507	1.139.400	454,49
Brandenburg	1.261	976	448.000	459,02
Bremen	1.285	874	390.400	446,68
Hamburg	2.233	1.732	790.000	456,12
Hessen	6.227	4.717	2.129.100	451,37
Mecklenburg-Vorpommern	388	310	131.000	422,58
Niedersachsen	4.601	3.663	1.630.300	445,07
Nordrhein-Westfalen	15.018	9.616	4.291.800	446,32
Rheinland-Pfalz	2.667	2.166	951.400	439,24
Saarland	305	185	83.600	451,89
Sachsen	1.478	1.050	449.900	428,48
Sachsen-Anhalt	708	383	161.300	421,15
Schleswig-Holstein	1.174	877	388.800	443,33
Thüringen	1.266	1.105	488.600	442,17

D) September 2020 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 01.09.2021)

Land	Anzahl gestellter Anträge (Frage 10)	Zugesagte Anträge (Frage 11)	Gesamtsumme zugesagter Anträge in EUR (Frage 13)	Durchschnittlich zugesagter Betrag in EUR (Frage 12)
Baden-Württemberg	3.229	2.520	1.130.700	448,69
Bayern	4.438	3.626	1.621.600	447,21
Berlin	2.565	1.801	824.300	457,69
Brandenburg	794	615	281.000	456,91
Bremen	809	556	253.900	456,65
Hamburg	1.704	1.430	665.500	465,38
Hessen	4.523	3.575	1.618.600	452,76
Mecklenburg-Vorpommern	231	198	88.100	444,95
Niedersachsen	3.149	2.606	1.171.200	449,42
Nordrhein-Westfalen	9.298	6.098	2.747.900	450,62
Rheinland-Pfalz	1.825	1.512	681.000	450,40
Saarland	211	120	55.100	459,17
Sachsen	858	622	277.500	446,14
Sachsen-Anhalt	425	242	105.000	433,88
Schleswig-Holstein	686	469	207.700	442,86
Thüringen	996	869	391.900	450,98

E) November 2020 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 01.09.2021)

Land	Anzahl gestellter Anträge (Frage 10)	Zugesagte Anträge (Frage 11)	Gesamtsumme zugesagter Anträge in EUR (Frage 13)	Durchschnittlich zugesagter Betrag in EUR (Frage 12)
Baden-Württemberg	3.597	2.386	1.056.300	442,71
Bayern	4.786	3.656	1.646.200	450,27
Berlin	2.812	1.674	758.600	453,17
Brandenburg	843	640	288.300	450,47
Bremen	800	566	255.500	451,41
Hamburg	1.840	1.632	749.200	459,07
Hessen	4.592	3.102	1.411.100	454,90
Mecklenburg-Vorpommern	396	273	114.100	417,95
Niedersachsen	3.447	2.366	1.064.800	450,04
Nordrhein-Westfalen	9.550	5.016	2.239.700	446,51
Rheinland-Pfalz	2.040	1.290	572.300	443,64
Saarland	285	138	61.300	444,20
Sachsen	936	554	234.100	422,56
Sachsen-Anhalt	437	280	118.800	424,29
Schleswig-Holstein	826	515	227.500	441,75
Thüringen	948	795	350.400	440,75

F) Dezember 2020 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 01.09.2021)

Land	Anzahl gestellter Anträge (Frage 10)	Zugesagte Anträge (Frage 11)	Gesamtsumme zugesagter Anträge in EUR (Frage 13)	Durchschnittlich zugesagter Betrag in EUR (Frage 12)
Baden-Württemberg	4.194	3.071	1.354.000	440,90
Bayern	5.851	4.431	1.981.300	447,15
Berlin	3.103	1.946	882.000	453,24
Brandenburg	1.034	796	355.600	446,73
Bremen	947	623	271.000	434,99
Hamburg	2.293	2.072	962.500	464,53
Hessen	5.135	3.694	1.674.800	453,38
Mecklenburg-Vorpommern	436	319	133.100	417,24
Niedersachsen	4.027	3.183	1.436.600	451,34
Nordrhein-Westfalen	10.797	6.425	2.841.000	442,18
Rheinland-Pfalz	2.232	1.574	697.400	443,07
Saarland	319	185	78.500	424,32
Sachsen	1.180	801	340.200	424,72
Sachsen-Anhalt	578	393	170.600	434,10
Schleswig-Holstein	986	675	301.000	445,93
Thüringen	1.268	1.060	464.500	438,21

G) Januar 2021 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 01.09.2021)

Land	Anzahl gestellter Anträge (Frage 10)	Zugesagte Anträge (Frage 11)	Gesamtsumme zugesagter Anträge in EUR (Frage 13)	Durchschnittlich zugesagter Betrag in EUR (Frage 12)
Baden-Württemberg	4.466	3.426	1.518.500	443,23
Bayern	6.149	4.982	2.245.200	450,66
Berlin	3.333	2.131	966.100	453,36
Brandenburg	1.201	942	423.400	449,47
Bremen	1.000	605	258.800	427,77
Hamburg	2.657	2.438	1.136.000	465,96
Hessen	5.641	4.322	1.961.100	453,75
Mecklenburg-Vorpommern	482	351	151.200	430,77
Niedersachsen	4.713	3.882	1.759.700	453,30
Nordrhein-Westfalen	11.750	7.708	3.419.300	443,60
Rheinland-Pfalz	2.435	1.825	821.000	449,86
Saarland	348	242	107.300	443,39
Sachsen	1.274	969	416.300	429,62
Sachsen-Anhalt	609	412	180.900	439,08
Schleswig-Holstein	1.062	791	353.400	446,78
Thüringen	1.488	1.273	567.800	446,03

H) Februar 2021 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 01.09.2021)

Land	Anzahl gestellter Anträge (Frage 10)	Zugesagte Anträge (Frage 11)	Gesamtsumme zugesagter Anträge in EUR (Frage 13)	Durchschnittlich zugesagter Betrag in EUR (Frage 12)
Baden-Württemberg	4.440	3.358	1.521.400	453,07
Bayern	6.026	4.938	2.235.200	452,65
Berlin	3.236	1.909	888.100	465,22
Brandenburg	1.208	972	447.300	460,19
Bremen	902	567	250.300	441,45
Hamburg	2.828	2.464	1.165.500	473,01
Hessen	5.515	4.166	1.910.200	458,52
Mecklenburg-Vorpommern	443	361	156.600	433,8
Niedersachsen	4.569	3.907	1.792.800	458,87
Nordrhein-Westfalen	11.511	7.619	3.433.000	450,58
Rheinland-Pfalz	2.307	1.696	777.000	458,14
Saarland	364	292	130.900	448,29
Sachsen	1.283	1.059	474.200	447,78
Sachsen-Anhalt	596	455	204.500	449,45
Schleswig-Holstein	980	736	334.900	455,03
Thüringen	1.577	1.319	602.100	456,48

I) März 2021 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 01.09.2021)

Land	Anzahl gestellter Anträge (Frage 10)	Zugesagte Anträge (Frage 11)	Gesamtsumme zugesagter Anträge in EUR (Frage 13)	Durchschnittlich zugesagter Betrag in EUR (Frage 12)
Baden-Württemberg	4.291	3.154	1.448.200	459,16
Bayern	5.854	4.720	2.183.500	462,61
Berlin	2.881	1.591	746.700	469,33
Brandenburg	1.191	962	447.500	465,18
Bremen	762	428	194.800	455,14
Hamburg	2.811	2.485	1.187.000	477,67
Hessen	5.161	3.735	1.734.600	464,42
Mecklenburg-Vorpommern	460	370	168.300	454,86
Niedersachsen	4.532	3.847	1.793.300	466,16
Nordrhein-Westfalen	10.242	6.684	3.084.200	461,43
Rheinland-Pfalz	2.228	1.725	794.700	460,7
Saarland	341	283	131.400	464,31
Sachsen	1.256	1.012	462.000	456,52
Sachsen-Anhalt	600	453	202.200	446,36
Schleswig-Holstein	832	654	305.800	467,58
Thüringen	1.559	1.320	610.600	462,58

J) April 2021 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 01.09.2021)

Land	Anzahl gestellter Anträge (Frage 10)	Zugesagte Anträge (Frage 11)	Gesamtsumme zugesagter Anträge in EUR (Frage 13)	Durchschnittlich zugesagter Betrag in EUR (Frage 12)
Baden-Württemberg	3.478	2.094	962.100	459,46
Bayern	5.036	3.670	1.717.600	468,01
Berlin	2.383	1.436	684.200	476,46
Brandenburg	989	750	353.700	471,6
Bremen	605	349	156.300	447,85
Hamburg	2.421	1.860	898.200	482,9
Hessen	4.391	3.032	1.417.200	467,41
Mecklenburg-Vorpommern	369	282	126.400	448,23
Niedersachsen	3.874	3.118	1.471.200	471,84
Nordrhein-Westfalen	8.263	4.993	2.309.100	462,47
Rheinland-Pfalz	1.919	1.404	655.900	467,17
Saarland	300	171	78.600	459,65
Sachsen	1.063	724	330.900	457,04
Sachsen-Anhalt	487	350	159.100	454,57
Schleswig-Holstein	629	482	225.900	468,67
Thüringen	1.361	1.099	509.300	463,42

K) Mai 2021 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 01.09.2021)

Land	Anzahl gestellter Anträge (Frage 10)	Zugesagte Anträge (Frage 11)	Gesamtsumme zugesagter Anträge in EUR (Frage 13)	Durchschnittlich zugesagter Betrag in EUR (Frage 12)
Baden-Württemberg	2.818	1.988	921.700	463,63
Bayern	4.179	3.220	1.507.400	468,14
Berlin	1.990	1.325	634.100	478,57
Brandenburg	874	702	334.300	476,21
Bremen	499	281	130.400	464,06
Hamburg	2.094	1.825	878.500	481,37
Hessen	3.780	2.825	1.327.800	470,02
Mecklenburg-Vorpommern	322	255	116.200	455,69
Niedersachsen	3.296	2.807	1.327.000	472,75
Nordrhein-Westfalen	6.699	4.642	2.164.100	466,2
Rheinland-Pfalz	1.699	1.325	619.000	467,17
Saarland	258	201	93.700	466,17
Sachsen	882	731	337.100	461,15
Sachsen-Anhalt	407	314	140.700	448,09
Schleswig-Holstein	498	397	185.500	467,25
Thüringen	1.242	1.074	500.200	465,74

L) Juni 2021 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 01.09.2021)

Land	Anzahl gestellter Anträge (Frage 10)	Zugesagte Anträge (Frage 11)	Gesamtsumme zugesagter Anträge in EUR (Frage 13)	Durchschnittlich zugesagter Betrag in EUR (Frage 12)
Baden-Württemberg	2.168	1.677	787.700	469,71
Bayern	3.339	2.677	1.273.500	475,72
Berlin	1.805	1.208	581.800	481,62
Brandenburg	746	657	314.900	479,3
Bremen	373	213	97.800	459,15
Hamburg	1.868	1.713	833.900	486,81
Hessen	3.159	2.386	1.129.600	473,43
Mecklenburg-Vorpommern	236	201	93.700	466,17
Niedersachsen	2.857	2.405	1.140.900	474,39
Nordrhein-Westfalen	5.310	3.898	1.848.400	474,19
Rheinland-Pfalz	1.491	1.259	599.300	476,01
Saarland	212	184	86.800	471,74
Sachsen	737	621	292.100	470,37
Sachsen-Anhalt	316	235	106.800	454,47
Schleswig-Holstein	424	339	160.600	473,75
Thüringen	1.137	1.028	488.700	475,39

M) Juli 2021 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 01.09.2021)

Land	Anzahl gestellter Anträge (Frage 10)	Zugesagte Anträge (Frage 11)	Gesamtsumme zugesagter Anträge in EUR (Frage 13)	Durchschnittlich zugesagter Betrag in EUR (Frage 12)
Baden- Württemberg	1.738	1.271	597.100	469,79
Bayern	2.723	2.216	1.051.000	474,28
Berlin	1.623	1.084	527.300	486,44
Brandenburg	647	572	275.200	481,12
Bremen	254	106	50.100	472,64
Hamburg	1.697	1.608	789.300	490,86
Hessen	2.670	1.930	919.300	476,32
Mecklenburg- Vorpommern	192	153	71.800	469,28
Niedersachsen	2.439	2.027	976.500	481,75
Nordrhein- Westfalen	4.170	3.072	1.466.800	477,47
Rheinland- Pfalz	1.263	1.067	509.400	477,41
Saarland	186	164	77.900	475,00
Sachsen	604	512	242.000	472,66
Sachsen- Anhalt	239	192	88.000	458,33
Schleswig- Holstein	318	271	131.000	483,39
Thüringen	1.008	927	444.300	479,29

N) August 2021 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 01.09.2021)

Land	Anzahl gestellter Anträge (Frage 10)	Zugesagte Anträge (Frage 11)	Gesamtsumme zugesagter Anträge in EUR (Frage 13)	Durchschnittlich zugesagter Betrag in EUR (Frage 12)
Baden-Württemberg	1.427	766	362.400	473,11
Bayern	2.231	1.446	695.200	480,77
Berlin	1.362	818	399.300	488,14
Brandenburg	565	408	198.700	487,01
Bremen	169	48	23.000	479,17
Hamburg	1.613	1.236	606.600	490,78
Hessen	2.244	704	337.000	478,69
Mecklenburg-Vorpommern	145	62	29.000	467,74
Niedersachsen	1.994	1.124	544.000	483,99
Nordrhein-Westfalen	3.465	1.960	944.800	482,04
Rheinland-Pfalz	1.069	725	351.700	485,10
Saarland	151	99	46.300	467,68
Sachsen	497	252	119.900	475,79
Sachsen-Anhalt	195	123	56.100	456,10
Schleswig-Holstein	290	104	50.000	480,77
Thüringen	940	702	338.400	482,05

Anlage 2 zu Fragen 15 bis 18:

A) Mai 2020 - Verteilung nach Bundesländern (Stand 31. August 2021)

Land	Anträge gesamt	Anträge dt. Stud.	Anträge ausl. Stud.	Zusagen gesamt	Zusagen dt. Stud.	Zusagen ausl. Stud.	Gesamt- summe in Euro	Gesamt- summe dt. Stud. in Euro	Gesamt- summe ausl. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe in Euro	Durchschnitts- summe dt. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe ausl. Stud. in Euro
Baden-												
Württemberg	613	532	81	290	281	9	9.951.912	9.600.412	351.500	34.317	34.165	39.056
Bayern	631	527	104	281	269	12	9.723.470	9.323.570	399.900	34.603	34.660	33.325
Berlin	487	396	91	196	187	9	6.545.510	6.288.110	257.400	33.395	33.626	28.600
Brandenburg	81	66	15	37	36	1	1.239.150	1.205.350	33.800	33.491	33.482	33.800
Bremen	60	47	13	26	26	0	838.730	838.730	0	32.259	32.259	
Hamburg	195	181	14	93	93	0	3.114.400	3.114.400	0	33.488	33.488	
Hessen	536	466	70	268	260	8	8.856.706	8.513.606	343.100	33.047	32.745	42.888
Mecklenburg-												
Vorpommern	49	34	15	18	18	0	567.280	567.280	0	31.516	31.516	
Niedersachsen	495	433	62	236	231	5	7.800.410	7.624.410	176.000	33.053	33.006	35.200
NRW	1.371	1.197	174	682	671	11	23.005.566	22.662.516	343.050	33.733	33.774	31.186
Rheinland-Pfalz	213	185	28	113	111	2	3.721.428	3.650.128	71.300	32.933	32.884	35.650
Saarland	43	39	4	26	26	0	890.370	890.370	0	34.245	34.245	
Sachsen	166	144	22	76	76	0	2.268.840	2.268.840	0	29.853	29.853	
Sachsen-Anhalt	58	47	11	22	22	0	631.850	631.850	0	28.720	28.720	
Schleswig-												
Holstein	129	119	10	63	61	2	2.164.480	2.070.780	93.700	34.357	33.947	46.850
Thüringen	59	51	8	27	27	0	793.300	793.300	0	29.381	29.381	

B) Juni 2020 - Verteilung nach Bundesländern (Stand 31. August 2021)

Land	Anträge gesamt	Anträge dt. Stud.	Anträge ausl. Stud.	Zusagen gesamt	Zusagen dt. Stud.	Zusagen ausl. Stud.	Gesamt- summe in Euro	Gesamt- summe dt. Stud. in Euro	Gesamt- summe ausl. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe in Euro	Durchschnitts- summe dt. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe ausl. Stud. in Euro
Baden-												
Württemberg	1.096	401	695	426	313	113	12.758.380	10.049.830	2.708.550	29.949	32.108	23.969
Bayern	1.439	439	1.000	538	354	184	16.359.881	11.524.081	4.835.800	30.409	32.554	26.282
Berlin	1.052	272	780	331	250	81	9.471.476	7.359.626	2.111.850	28.615	29.439	26.072
Brandenburg	282	40	242	78	38	40	2.284.520	1.331.150	953.370	29.289	35.030	23.834
Bremen	155	25	130	50	23	27	1.469.566	797.066	672.500	29.391	34.655	24.907
Hamburg	244	112	132	121	98	23	3.790.630	3.088.010	702.620	31.328	31.510	30.549
Hessen	1.102	320	782	371	239	132	11.550.035	7.598.935	3.951.100	31.132	31.795	29.933
Mecklenburg-												
Vorpommern	217	39	178	50	24	26	1.394.120	735.650	658.470	27.882	30.652	25.326
Niedersachsen	1.198	326	872	336	233	103	9.826.358	7.177.970	2.648.388	29.245	30.807	25.713
NRW	3.089	849	2.240	941	642	299	28.764.415	20.685.305	8.079.110	30.595	32.253	27.041
Rheinland-Pfalz	569	139	430	178	115	63	5.961.275	4.038.628	1.922.647	33.490	35.119	30.518
Saarland	97	45	52	30	24	6	1.017.350	831.200	186.150	33.912	34.633	31.025
Sachsen	615	108	507	164	73	91	4.580.610	2.351.300	2.229.310	27.931	32.210	24.498
Sachsen-Anhalt	248	31	217	85	34	51	2.422.460	1.040.300	1.382.160	28.500	30.597	27.101
Schleswig-												
Holstein	222	92	130	92	78	14	2.844.917	2.474.697	370.220	30.923	31.727	26.444
Thüringen	231	38	193	57	31	26	1.691.500	1.071.550	619.950	29.675	34.566	23.844

C) Juli 2020 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 31. August 2021)

Land	Anträge gesamt	Anträge dt. Stud.	Anträge ausl. Stud.	Anträge	Zusagen gesamt	Zusagen dt. Stud.	Zusagen ausl. Stud.	Gesamt- summe in Euro	Gesamt- summe dt. Stud. in Euro	Gesamt- summe ausl. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe in Euro	Durchschnitts- summe dt. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe ausl. Stud. in Euro
Baden-													
Württemberg	518	252	266	618	259	359	17.735.695	8.256.535	9.479.160	28.699	31.879	26.404	
Bayern	754	280	474	723	266	457	20.680.640	8.546.503	12.134.137	28.604	32.130	26.552	
Berlin	501	200	301	486	169	317	13.072.630	4.825.150	8.247.480	26.898	28.551	26.017	
Brandenburg	128	39	89	167	24	143	4.088.780	794.810	3.293.970	24.484	33.117	23.035	
Bremen	50	17	33	72	13	59	1.840.760	430.310	1.410.450	25.566	33.101	23.906	
Hamburg	162	95	67	139	75	64	4.261.378	2.533.458	1.727.920	30.657	33.779	26.999	
Hessen	496	231	265	602	221	381	18.109.246	7.377.546	10.731.700	30.082	33.383	28.167	
Mecklenburg-													
Vorpommern	93	27	66	111	20	91	2.990.020	646.820	2.343.200	26.937	32.341	25.749	
Niedersachsen	483	225	258	666	219	447	19.330.730	7.122.665	12.208.065	29.025	32.524	27.311	
NRW	1.406	585	821	1.611	521	1.090	47.759.597	17.985.465	29.774.132	29.655	34.521	27.319	
Rheinland-Pfalz	245	93	152	282	94	188	8.521.222	3.138.022	5.383.200	30.217	33.383	28.634	
Saarland	43	23	20	50	26	24	1.491.050	859.650	631.400	29.821	33.063	26.308	
Sachsen	255	65	190	345	55	290	8.599.210	1.716.140	6.883.070	24.925	31.203	23.735	
Sachsen-Anhalt	102	28	74	95	17	78	2.359.500	558.850	1.800.650	24.837	32.874	23.085	
Schleswig-													
Holstein	132	76	56	123	58	65	3.601.240	1.970.440	1.630.800	29.278	33.973	25.089	
Thüringen	106	31	75	125	22	103	3.288.675	752.575	2.536.100	26.309	34.208	24.622	

D) August 2020 - Verteilung nach Bundesländern (Stand 31. August 2021)

Land	Anträge gesamt	Anträge dt. Stud.	Anträge ausl. Stud.	Zusagen gesamt	Zusagen dt. Stud.	Zusagen ausl. Stud.	Gesamt- summe in Euro	Gesamt- summe dt. Stud. in Euro	Gesamt- summe ausl. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe in Euro	Durchschnitts- summe dt. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe ausl. Stud. in Euro
Baden- Württemberg	418	224	194	523	237	286	15.479.224	8.072.984	7.406.240	29.597	34.063	25.896
Bayern	431	204	227	633	207	426	17.590.332	6.682.772	10.907.560	27.789	32.284	25.605
Berlin	312	152	160	483	182	301	13.060.904	5.362.958	7.697.946	27.041	29.467	25.575
Brandenburg	77	33	44	110	29	81	2.825.594	1.049.794	1.775.800	25.687	36.200	21.923
Bremen	50	24	26	53	17	36	1.442.700	504.550	938.150	27.221	29.679	26.060
Hamburg	164	109	55	162	95	67	5.196.980	3.512.260	1.684.720	32.080	36.971	25.145
Hessen	333	199	134	436	204	232	13.656.120	7.015.480	6.640.640	31.321	34.390	28.623
Mecklenburg- Vorpommern	60	25	35	85	27	58	2.257.590	848.090	1.409.500	26.560	31.411	24.302
Niedersachsen	336	193	143	491	209	282	13.977.140	6.370.690	7.606.450	28.467	30.482	26.973
NRW	904	461	443	1.357	505	855	39.680.959	16.965.257	22.715.702	29.285	33.868	26.597
Rheinland-Pfalz	160	85	75	263	79	184	7.598.835	2.602.790	4.996.045	28.893	32.947	27.152
Saarland	22	15	7	39	27	12	1.169.375	807.525	361.850	29.984	29.908	30.154
Sachsen	170	60	110	252	68	184	6.380.360	2.186.030	4.194.330	25.319	32.148	22.795
Sachsen-Anhalt	87	25	62	107	22	85	2.731.696	697.246	2.034.450	25.530	31.693	23.935
Schleswig- Holstein	101	62	39	123	75	48	3.574.778	2.416.129	1.158.649	29.063	32.215	24.139
Thüringen	102	22	80	106	29	77	2.787.905	921.805	1.866.100	26.301	31.786	24.235

F) Oktober 2020 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 31. August 2021)

Land	Anträge		Anträge		Anträge		Zusagen		Zusagen		Zusagen		Gesamt-		Gesamt-		Gesamt-		Durchschnitts-		Durchschnitts-		
	gesamt	ausl. Stud.	gesamt	ausl. Stud.	gesamt	ausl. Stud.	gesamt	ausl. Stud.	gesamt	ausl. Stud.	gesamt	ausl. Stud.	gesamt	ausl. Stud.	gesamt	ausl. Stud.	gesamt	ausl. Stud.	gesamt	ausl. Stud.	gesamt	ausl. Stud.	
Baden-																							
Württemberg	609	427	182	606	417	189	21.963.133	16.937.305	5.025.828	36.243	40.617	26.592											
Bayern	657	388	269	599	352	247	20.159.930	13.501.200	6.658.730	33.656	38.356	26.958											
Berlin	413	235	178	428	234	194	13.313.088	8.199.228	5.113.860	31.105	35.039	26.360											
Brandenburg	99	59	40	112	73	39	3.900.165	2.921.265	978.900	34.823	40.017	25.100											
Bremen	63	35	28	62	44	18	2.135.125	1.644.075	491.050	34.438	37.365	27.281											
Hamburg	200	153	47	219	165	54	7.831.055	6.413.155	1.417.900	35.758	38.868	26.257											
Hessen	425	286	139	444	286	158	15.201.963	10.646.138	4.555.825	34.239	37.224	28.834											
Mecklenburg-																							
Vorpommern	98	57	41	91	56	35	3.334.972	2.459.872	875.100	36.648	43.926	25.003											
Niedersachsen	534	377	157	527	392	135	19.415.136	15.380.286	4.034.850	36.841	39.235	29.888											
NRW	1.204	747	456	1.242	730	512	43.891.607	29.893.677	14.087.630	35.454	40.999	27.537											
Rheinland-Pfalz	171	107	65	213	117	96	7.493.230	4.670.280	2.733.250	34.758	39.917	28.471											
Saarland	55	35	20	41	24	17	1.389.995	943.845	446.150	33.902	39.327	26.244											
Sachsen	237	130	107	225	123	102	7.153.845	4.552.525	2.601.320	31.795	37.012	25.503											
Sachsen-Anhalt	104	42	62	117	39	78	3.495.400	1.598.300	1.897.100	29.875	40.982	24.322											
Schleswig-																							
Holstein	172	141	31	166	131	35	6.140.325	5.325.575	814.750	36.990	40.653	23.279											
Thüringen	111	51	60	109	43	66	3.260.426	1.713.476	1.546.950	29.912	39.848	23.439											

G) November 2020 - Verteilung nach Bundesländern (Stand 31. August 2021)

Land	Anträge gesamt	Anträge dt. Stud.	Anträge ausl. Stud.	Zusagen gesamt	Zusagen dt. Stud.	Zusagen ausl. Stud.	Gesamt- summe in Euro	Gesamt- summe dt. Stud. in Euro	Gesamt- summe ausl. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe in Euro	Durchschnitts- summe dt. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe ausl. Stud. in Euro
Baden- Württemberg	440	292	148	485	330	155	16.880.540	12.528.516	4.352.024	34.805	37.965	28.078
Bayern	495	295	200	534	296	238	18.370.757	11.302.157	7.068.600	34.402	38.183	29.700
Berlin	321	163	158	366	178	188	11.280.658	6.112.708	5.167.950	30.821	34.341	27.489
Brandenburg	66	38	28	71	36	35	2.402.600	1.429.850	972.750	33.839	39.718	27.793
Bremen	52	31	21	41	24	17	1.372.800	854.050	518.750	33.483	35.585	30.515
Hamburg	136	109	27	153	114	39	5.507.131	4.132.831	1.374.300	35.994	36.253	35.238
Hessen	350	219	131	359	223	136	12.558.310	8.277.940	4.280.370	34.981	37.121	31.473
Mecklenburg- Vorpommern	69	27	42	86	35	51	2.615.530	1.261.230	1.354.300	30.413	36.035	26.555
Niedersachsen	390	245	145	409	259	150	13.914.652	9.742.852	4.171.800	34.021	37.617	27.812
NRW	863	487	376	996	561	435	33.497.351	20.665.021	12.832.330	33.643	36.836	29.517
Rheinland-Pfalz	179	102	77	170	98	72	6.178.340	3.900.390	2.277.950	36.343	39.800	31.638
Saarland	40	24	16	41	27	14	1.396.550	1.002.600	393.950	34.062	37.133	28.139
Sachsen	201	101	100	227	112	115	6.948.140	3.942.210	3.005.930	30.609	35.198	26.139
Sachsen-Anhalt	89	34	55	90	30	60	2.724.810	1.197.110	1.527.700	30.276	39.904	25.462
Schleswig- Holstein	115	86	29	135	98	37	4.882.315	3.757.015	1.125.300	36.165	38.337	30.414
Thüringen	73	28	45	92	42	50	2.906.805	1.673.305	1.233.500	31.596	39.841	24.670

H) Dezember 2020 - Verteilung nach Bundesländern (Stand 31. August 2021)

Land	Anträge gesamt	Anträge dt. Stud.	Anträge ausl. Stud.	Zusagen gesamt	Zusagen dt. Stud.	Zusagen ausl. Stud.	Gesamt- summe in Euro	Gesamt- summe dt. Stud. in Euro	Gesamt- summe ausl. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe in Euro	Durchschnitts- summe dt. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe ausl. Stud. in Euro
Baden- Württemberg	338	245	93	396	285	111	13.900.249	10.481.409	3.418.840	35.102	36.777	30.800
Bayern	410	236	174	425	284	141	14.213.601	9.979.181	4.234.420	33.444	35.138	30.031
Berlin	264	146	118	293	169	124	9.107.939	5.623.334	3.484.605	31.085	33.274	28.102
Brandenburg	54	30	24	61	34	27	1.937.328	1.272.478	664.850	31.759	37.426	24.624
Bremen	32	17	15	41	20	21	1.324.800	704.450	620.350	32.312	35.223	29.540
Hamburg	109	76	33	129	102	27	4.580.006	3.786.356	793.650	35.504	37.121	29.394
Hessen	233	152	81	290	196	94	10.406.302	7.337.345	3.068.957	35.884	37.435	32.648
Mecklenburg- Vorpommern	54	24	30	56	30	26	1.916.590	1.201.140	715.450	34.225	40.038	27.517
Niedersachsen	272	172	100	329	220	109	11.163.848	8.023.698	3.140.150	33.933	36.471	28.809
NRW	725	426	299	776	491	285	26.708.633	17.920.101	8.788.532	34.458	36.543	30.868
Rheinland-Pfalz	105	61	44	152	96	56	5.395.823	3.503.143	1.892.680	35.499	36.491	33.798
Saarland	29	20	9	36	21	15	1.269.822	729.222	540.600	35.273	34.725	36.040
Sachsen	114	55	59	132	76	56	4.218.912	2.751.362	1.467.550	31.961	36.202	26.206
Sachsen-Anhalt	65	21	44	66	26	40	1.904.064	928.744	975.320	28.849	35.721	24.383
Schleswig- Holstein	63	52	11	94	72	22	3.287.353	2.684.053	603.300	34.972	37.279	27.423
Thüringen	62	26	36	59	29	30	1.961.150	1.107.800	853.350	33.240	38.200	28.445

1) Januar 2021 - Verteilung nach Bundesländern (Stand 31. August 2021)

Land	Anträge		Anträge		Anträge gesamt	Zusagen		Zusagen ausl. Stud.	Gesamt- summe in Euro	Gesamt- summe dt. Stud. in Euro	Gesamt- summe ausl. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe in Euro	Durchschnitts- summe	
	gesamt	dt. Stud.	ausl. Stud.	gesamt		dt. Stud.	ausl. Stud.						dt. Stud. in Euro	ausl. Stud. in Euro
Baden- Württemberg	298	184	114	346	218	128	11.444.415	7.712.585	3.731.830	33.076	35.379	29.155		
Bayern	345	197	148	455	249	206	14.718.502	8.847.803	5.870.699	32.348	35.533	28.499		
Berlin	219	119	100	273	135	138	8.073.950	4.520.800	3.553.150	29.575	33.487	25.747		
Brandenburg	48	25	23	64	35	29	2.075.340	1.395.530	679.810	32.427	39.872	23.442		
Bremen	43	23	20	44	29	15	1.398.550	1.051.800	346.750	31.785	36.269	23.117		
Hamburg	100	69	31	119	84	35	4.161.946	3.033.736	1.128.210	34.974	36.116	32.235		
Hessen	249	161	88	284	179	105	9.461.370	6.403.850	3.057.520	33.315	35.776	29.119		
Mecklenburg- Vorpommern	41	25	16	64	28	36	1.867.610	952.710	914.900	29.181	34.025	25.414		
Niedersachsen	272	170	102	325	204	121	10.430.127	6.832.267	3.597.860	32.093	33.492	29.734		
NRW	683	356	327	772	432	340	25.341.734	15.512.004	9.829.730	32.841	35.907	28.934		
Rheinland-Pfalz	113	68	45	120	73	47	4.002.585	2.480.305	1.522.280	33.355	33.977	32.389		
Saarland	27	16	11	33	27	6	1.201.870	1.018.570	183.300	36.420	37.725	30.550		
Sachsen	120	46	74	136	63	73	3.972.900	2.134.650	1.838.250	29.213	33.883	25.182		
Sachsen-Anhalt	65	17	48	76	24	52	2.063.090	821.350	1.241.740	27.146	34.223	23.880		
Schleswig- Holstein	92	69	23	92	79	13	3.168.499	2.859.849	308.650	34.440	36.201	23.742		
Thüringen	60	29	31	81	33	48	2.508.762	1.183.662	1.325.100	30.972	35.869	27.606		

J) Februar 2021 - Verteilung nach Bundesländern (Stand 31. August 2021)

Land	Anträge		Anträge		Anträge gesamt	Zusagen		Zusagen gesamt	Zusagen ausl. Stud.	Gesamt- summe in Euro	Gesamt- summe dt. Stud. in Euro	Gesamt- summe ausl. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe in Euro	Durchschnitts- summe dt. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe ausl. Stud. in Euro
	gesamt	dt. Stud.	ausl. Stud.	dt. Stud.		dt. Stud.	ausl. Stud.								
Baden- Württemberg	339	184	155	313	190	123	9.609.505	6.537.635	3.071.870	30.701	34.409	24.975			
Bayern	351	174	177	334	181	153	10.214.863	6.200.133	4.014.730	30.583	34.255	26.240			
Berlin	230	123	107	213	117	96	6.401.247	3.995.337	2.405.910	30.053	34.148	25.062			
Brandenburg	47	17	30	42	18	24	1.242.790	661.590	581.200	29.590	36.755	24.217			
Bremen	44	18	26	38	19	19	1.093.650	565.550	528.100	28.780	29.766	27.795			
Hamburg	126	86	40	115	80	35	3.621.320	2.749.970	871.350	31.490	34.375	24.896			
Hessen	214	109	105	200	118	82	6.505.349	4.128.349	2.377.000	32.527	34.986	28.988			
Mecklenburg- Vorpommern	46	14	32	32	13	19	928.480	503.030	425.450	29.015	38.695	22.392			
Niedersachsen	272	143	129	248	142	106	7.781.064	4.997.614	2.783.450	31.375	35.194	26.259			
NRW	665	346	319	624	348	276	20.022.706	12.406.866	7.615.840	32.088	35.652	27.594			
Rheinland-Pfalz	130	65	65	99	58	41	3.131.339	2.084.940	1.046.399	31.630	35.947	25.522			
Saarland	21	14	7	24	11	13	805.170	343.320	461.850	33.549	31.211	35.527			
Sachsen	111	47	64	100	47	53	2.884.525	1.562.375	1.322.150	28.845	33.242	24.946			
Sachsen-Anhalt	71	22	49	65	20	45	1.758.370	752.000	1.006.370	27.052	37.600	22.364			
Schleswig- Holstein	69	55	14	67	54	13	2.321.975	1.959.375	362.600	34.656	36.285	27.892			
Thüringen	68	19	49	58	17	41	1.657.400	619.950	1.037.450	28.576	36.468	25.304			

K) März 2021 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 31. August 2021)

Land	Anträge gesamt	Anträge dt. Stud.	Anträge ausl. Stud.	Zusagen gesamt	Zusagen dt. Stud.	Zusagen ausl. Stud.	Gesamt- summe in Euro	Gesamt- summe dt. Stud. in Euro	Gesamt- summe ausl. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe in Euro	Durchschnitts- summe dt. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe ausl. Stud. in Euro
Baden-												
Württemberg	316	259	57	328	256	72	10.907.362	9.167.562	1.739.800	33.254	35.811	24.164
Bayern	434	298	136	380	274	106	12.481.025	9.671.725	2.809.300	32.845	35.298	26.503
Berlin	234	170	64	229	159	70	7.266.192	5.390.342	1.875.850	31.730	33.902	26.798
Brandenburg	52	37	15	48	33	15	1.498.104	1.194.454	303.650	31.211	36.196	20.243
Bremen	32	24	8	38	22	16	1.046.100	704.950	341.150	27.529	32.043	21.322
Hamburg	131	111	20	126	105	21	4.497.775	3.759.625	738.150	35.697	35.806	35.150
Hessen	205	154	51	197	139	58	6.506.025	4.815.775	1.690.250	33.026	34.646	29.142
Mecklenburg-												
Vorpommern	41	24	17	44	21	23	1.233.214	737.664	485.550	27.800	35.127	21.111
Niedersachsen	260	193	67	259	194	65	8.427.653	6.670.023	1.757.630	32.539	34.382	27.040
NRW	638	469	169	631	427	204	21.720.868	15.892.418	5.828.450	34.444	37.256	28.571
Rheinland-Pfalz	122	90	32	125	90	35	4.111.490	3.203.710	907.780	32.892	35.597	25.937
Saarland	19	13	6	20	14	6	575.050	445.850	129.200	28.753	31.846	21.533
Sachsen	80	50	30	81	49	32	2.486.079	1.736.429	749.650	30.692	35.437	23.427
Sachsen-Anhalt	71	30	41	54	29	25	1.528.117	960.257	567.860	28.298	33.112	22.714
Schleswig-												
Holstein	70	64	6	79	65	14	2.878.448	2.523.648	354.800	36.436	38.825	25.343
Thüringen	34	18	16	40	19	21	1.362.834	787.984	574.850	34.071	41.473	27.374

L) April 2021 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 31. August 2021)

Land	Anträge gesamt	Anträge dt. Stud.	Anträge ausl. Stud.	Zusagen gesamt	Zusagen dt. Stud.	Zusagen ausl. Stud.	Gesamt- summe in Euro	Gesamt- summe dt. Stud. in Euro	Gesamt- summe ausl. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe in Euro	Durchschnitts- summe dt. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe ausl. Stud. in Euro
Baden-												
Württemberg	214	187	27	209	184	25	7.100.615	6.471.865	628.750	33.974	35.173	25.150
Bayern	249	178	71	227	183	44	7.445.026	6.235.016	1.210.010	32.797	34.071	27.500
Berlin	171	128	43	132	108	24	4.266.720	3.598.045	668.675	32.324	33.315	27.861
Brandenburg	39	29	10	32	27	5	1.207.350	1.062.500	144.850	37.730	39.352	28.970
Bremen	28	17	11	27	17	10	754.312	537.512	216.800	27.937	31.618	21.680
Hamburg	78	69	9	83	77	6	3.007.200	2.826.300	180.900	36.231	36.705	30.150
Hessen	157	128	29	149	127	22	5.164.681	4.533.051	631.630	34.662	35.693	28.710
Mecklenburg-												
Vorpommern	24	20	4	27	21	6	897.954	770.204	127.750	33.258	36.676	21.292
Niedersachsen	211	165	46	175	150	25	5.948.165	5.055.065	893.100	33.990	33.700	35.724
NRW	432	348	84	406	355	51	14.236.076	12.646.941	1.589.135	35.064	35.625	31.160
Rheinland-Pfalz	85	68	17	76	62	14	2.489.020	2.135.820	353.200	32.750	34.449	25.229
Saarland	18	15	3	13	12	1	381.905	376.705	5.200	29.377	31.392	5.200
Sachsen	46	38	8	50	40	10	1.596.215	1.389.765	206.450	31.924	34.744	20.645
Sachsen-Anhalt	32	18	14	29	19	10	737.950	513.450	224.500	25.447	27.024	22.450
Schleswig-												
Holstein	49	46	3	45	41	4	1.625.400	1.478.550	146.850	36.120	36.062	36.713
Thüringen	29	20	9	21	18	3	607.810	548.010	59.800	28.943	30.445	19.933

M) Mai 2021 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 31. August 2021)

Land	Anträge gesamt	Anträge dt. Stud.	Anträge ausl. Stud.	Anträge gesamt	Zusagen gesamt	Zusagen dt. Stud.	Zusagen ausl. Stud.	Gesamt- summe in Euro	Gesamt- summe dt. Stud. in Euro	Gesamt- summe ausl. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe in Euro	Durchschnitts- summe dt. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe ausl. Stud. in Euro
Baden-													
Württemberg	165	138	27	152	135	17	5.189.182	4.596.682	592.500	34.139	34.049	34.853	
Bayern	169	140	29	153	134	19	4.874.008	4.269.558	604.450	31.856	31.862	31.813	
Berlin	88	75	13	88	79	9	2.673.875	2.455.425	218.450	30.385	31.081	24.272	
Brandenburg	30	28	2	32	32	0	1.100.100	1.100.100	0	34.378	34.378		
Bremen	19	13	6	15	12	3	476.800	394.150	82.650	31.787	32.846	27.550	
Hamburg	63	53	10	46	45	1	1.519.070	1.472.920	46.150	33.023	32.732	46.150	
Hessen	135	109	26	117	108	9	4.078.415	3.777.065	301.350	34.858	34.973	33.483	
Mecklenburg-													
Vorpommern	11	9	2	15	11	4	409.895	320.845	89.050	27.326	29.168	22.263	
Niedersachsen	131	108	23	120	113	7	3.789.442	3.538.192	251.250	31.579	31.311	35.893	
NRW	299	253	46	275	238	37	9.399.791	8.226.041	1.173.750	34.223	34.563	31.972	
Rheinland-Pfalz	60	53	7	60	55	5	1.996.634	1.817.984	178.650	33.277	33.054	35.730	
Saarland	15	12	3	16	12	4	599.150	444.800	154.350	37.447	37.067	38.588	
Sachsen	40	32	8	32	27	5	991.582	872.982	118.600	30.987	32.333	23.720	
Sachsen-Anhalt	28	18	10	18	17	1	560.650	540.500	20.150	31.147	31.794	20.150	
Schleswig-													
Holstein	44	41	3	45	44	1	1.566.520	1.544.420	22.100	34.812	35.100	22.100	
Thüringen	26	20	6	21	20	1	645.260	622.510	22.750	30.727	31.126	22.750	

N) Juni 2021 – Verteilung nach Bundesländern (Stand 31. August 2021)

Land	Anträge gesamt	Anträge dt. Stud.	Anträge ausl. Stud.	Anträge gesamt	Zusagen gesamt	Zusagen dt. Stud.	Zusagen ausl. Stud.	Gesamt- summe in Euro	Gesamt- summe dt. Stud. in Euro	Gesamt- summe ausl. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe in Euro	Durchschnitts- summe dt. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe ausl. Stud. in Euro
Baden-													
Württemberg	140	123	17	132	120	12	12	4.489.506	4.093.856	395.650	34.011	34.115	32.971
Bayern	172	144	28	153	138	15	15	4.999.757	4.527.897	471.860	32.678	32.811	31.457
Berlin	85	74	11	84	77	7	7	2.463.500	2.288.800	174.700	29.327	29.725	24.957
Brandenburg	21	16	5	15	13	2	2	502.093	459.843	42.250	33.473	35.373	21.125
Bremen	15	15	0	14	14	0	0	419.000	419.000	0	29.929	29.929	
Hamburg	42	38	4	44	40	4	4	1.558.823	1.420.308	138.515	35.428	35.508	34.629
Hessen	107	95	12	100	94	6	6	3.380.655	3.167.505	213.150	33.807	33.697	35.525
Mecklenburg-													
Vorpommern	14	13	1	14	12	2	2	499.450	456.050	43.400	35.675	38.004	21.700
Niedersachsen	130	114	16	114	110	4	4	3.578.350	3.407.700	170.650	31.389	30.979	42.663
NRW	278	237	41	247	236	11	11	8.324.456	7.951.906	372.550	33.702	33.695	33.868
Rheinland-Pfalz	57	47	10	48	46	2	2	1.667.350	1.593.750	73.600	34.736	34.647	36.800
Saarland	8	6	2	5	5	0	0	167.600	167.600	0	33.520	33.520	
Sachsen	30	24	6	22	21	1	1	684.453	646.753	37.700	31.112	30.798	37.700
Sachsen-Anhalt	15	9	6	10	9	1	1	317.600	282.500	35.100	31.760	31.389	35.100
Schleswig-													
Holstein	42	40	2	41	41	0	0	1.333.605	1.333.605	0	32.527	32.527	
Thüringen	35	19	16	17	16	1	1	488.110	469.910	18.200	28.712	29.369	18.200

O) Juli 2021 - Verteilung nach Bundesländern (Stand 31. August 2021)

Land	Anträge gesamt	Anträge dt. Stud.	Anträge ausl. Stud.	Anträge gesamt	Zusagen gesamt	Zusagen dt. Stud.	Zusagen ausl. Stud.	Gesamt- summe in Euro	Gesamt- summe dt. Stud. in Euro	Gesamt- summe ausl. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe in Euro	Durchschnitts- summe dt. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe ausl. Stud. in Euro
Baden-													
Württemberg	160	148	12	149	141	8	8	5.162.330	4.905.780	256.550	34.647	34.793	32.069
Bayern	155	138	17	151	139	12	12	4.968.832	4.578.532	390.300	32.906	32.939	32.525
Berlin	95	79	16	74	68	6	6	2.235.309	2.071.709	163.600	30.207	30.466	27.267
Brandenburg	19	18	1	17	17	0	0	507.411	507.411	0	29.848	29.848	
Bremen	17	14	3	13	13	0	0	406.500	406.500	0	31.269	31.269	
Hamburg	51	47	4	47	46	1	1	1.587.627	1.569.427	18.200	33.779	34.118	18.200
Hessen	117	107	10	102	98	4	4	3.304.512	3.208.012	96.500	32.397	32.735	24.125
Mecklenburg-													
Vorpommern	17	14	3	14	12	2	2	524.200	452.700	71.500	37.443	37.725	35.750
Niedersachsen	150	138	12	135	134	1	1	4.645.733	4.601.533	44.200	34.413	34.340	44.200
NRW	309	279	30	266	254	12	12	9.185.758	8.810.003	375.755	34.533	34.685	31.313
Rheinland-Pfalz	56	51	5	47	45	2	2	1.653.369	1.611.119	42.250	35.178	35.803	21.125
Saarland	14	13	1	14	13	1	1	407.410	374.260	33.150	29.101	28.789	33.150
Sachsen	37	32	5	32	32	0	0	1.001.740	1.001.740	0	31.304	31.304	
Sachsen-Anhalt	25	21	4	20	19	1	1	734.306	692.056	42.250	36.715	36.424	42.250
Schleswig-													
Holstein	37	34	3	33	33	0	0	1.314.340	1.314.340	0	39.828	39.828	
Thüringen	19	16	3	15	15	0	0	506.273	506.273	0	33.752	33.752	

P) August 2021 - Verteilung nach Bundesländern (Stand 31. August 2021)

Land	Anträge gesamt		Anträge ausl. Stud.		Anträge gesamt		Zusagen ausl. Stud.		Zusagen gesamt		Gesamt- summe ausl. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe dt. Stud. in Euro	Durchschnitts- summe ausl. Stud. in Euro
	dt. Stud.	ausl. Stud.	dt. Stud.	ausl. Stud.	dt. Stud.	ausl. Stud.	dt. Stud.	ausl. Stud.	dt. Stud.	ausl. Stud.			
Baden- Württemberg	229	211	18	208	200	8	7.761.902	7.524.402	237.500	37.317	37.622	29.688	
Bayern	172	160	12	157	148	9	6.109.176	5.766.126	343.050	38.912	38.960	38.117	
Berlin	90	84	6	85	80	5	2.913.930	2.776.530	137.400	34.282	34.707	27.480	
Brandenburg	27	25	2	25	23	2	1.013.494	960.344	53.150	40.540	41.754	26.575	
Bremen	25	23	2	23	22	1	924.610	892.110	32.500	40.200	40.550	32.500	
Hamburg	57	54	3	46	46	0	1.692.891	1.692.891	0	36.802	36.802		
Hessen	153	144	9	144	137	7	5.441.204	5.154.954	286.250	37.786	37.627	40.893	
Mecklenburg- Vorpommern	17	17	0	17	16	1	664.880	640.830	24.050	39.111	40.052	24.050	
Niedersachsen	185	180	5	164	158	6	6.285.301	6.089.451	195.850	38.325	38.541	32.642	
NRW	456	424	32	409	389	20	15.768.455	15.013.397	755.058	38.554	38.595	37.753	
Rheinland-Pfalz	85	80	5	82	79	3	3.238.659	3.151.559	87.100	39.496	39.893	29.033	
Saarland	23	22	1	21	21	0	797.125	797.125	0	37.958	37.958		
Sachsen	70	67	3	61	60	1	2.225.412	2.205.412	20.000	36.482	36.757	20.000	
Sachsen-Anhalt	22	21	1	20	20	0	677.610	677.610	0	33.881	33.881		
Schleswig- Holstein	66	63	3	53	52	1	2.197.934	2.146.604	51.330	41.470	41.281	51.330	
Thüringen	17	15	2	15	15	0	584.900	584.900	0	38.993	38.993		

